

## **Beschluss**

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 24. Oktober 2018

### **§ 45**

#### **Interpellation Marco Hodel, Glarus „EU macht Druck auf die Kantone“**

(Bericht Regierungsrat, 1.5.2018)

*Marco Hodel, Glarus, Unterzeichner, dankt für die Beantwortung der Interpellation. – Die Kritik der EU-Kommission befremdet und macht betroffen. Es kann doch nicht sein, dass sich eine Kommission aus Brüssel anmassiert, die Arbeit des Glarner Migrationsamtes in einem 18-seitigen Papier zu hinterfragen und auch zu kritisieren. Diese Kritik ist ein Eingriff in die Souveränität. – Die Antwort des Regierungsrates ist sehr erfreulich. Auch dieser beurteilt die Kritik der EU-Kommission als verfehlt und unangebracht. – Wenn man die geforderten Unterlagen nicht einreichen müsste, würde das einem rechtsmissbräuchlichen Verhalten Tür und Tor öffnen. Bei Problemen müsste der Kanton die finanziellen Risiken auf sich nehmen. Auch der Nachweis der Kranken- und Unfallversicherung ist wichtig und legitim. Der Kanton bzw. die Gemeinden sind gebeten, diesen Nachweis weiterhin einzufordern. Es ist aber auch zu bezweifeln, dass jemand, der in die Schweiz einreist, auf einem Formular von sich aus deklariert, dass er im Ausland vorbestraft ist. Wird ein EU-Staatsangehöriger in der Schweiz strafrechtlich erfasst, kann die Abteilung Migration einen heimatlichen Strafregisterauszug einfordern. Ob dann alle EU-Staaten dieser Aufforderung Folge leisten, ist ebenfalls zu bezweifeln.*